

Fortsetzung der Steuerdebatte im Reichstag.

Am Vische des Bundesrats: v. Payer, Graf Roeder, Wallraf, Schiffer.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten. Vom jetzigen Herzog von Anhalt ist ein Danktelegramm auf die Beileidsbezeugung des Reichstags zum Ableben des Herzogs Friedrich II. eingegangen. Anlässlich der großen Erfolge im Westen hat der Präsident des ungarischen Abgeordneten-Hauses ein Begrüßungstelegramm gesandt, in dem das treue Bundesverhältnis Deutschlands und Oesterreich-Ungarns betont wird. Vizepräsident Dr. Paasche erbittet die Ermächtigung, im gleichen Sinne antworten zu dürfen. (Beifall.)

Der Vizepräsident gedenkt dann des Heldentodes des Rittmeisters v. Richtigshofen: Die Trauerkunde hat in Millionen deutscher Herzen das Gefühl tiefsten Schmerzes hervorgerufen und auch in den Herzen der Männer dieses Hauses. In jungen Jahren wurde er zum Nationalhelden des deutschen Volkes, ein Vorbild für seine Truppe, ein Beweis dafür, was ein tüchtiger Mann im Felde leisten kann. Mit schwerem Herzen nehmen wir teil an dem Verlust, den unsere deutsche Fliegerwaffe erlitten hat. Der Freiherr von Richtigshofen war der Typ eines echten deutschen Offiziers. Sein Andenken wird immer erhalten bleiben.

Hierauf macht der Vizepräsident Mitteilung von dem Ableben des bulgarischen Gesandten in Berlin, Rizow. Obwohl Excellenz Rizow nur gelegentlich mit dem Reichstag in amtliche Verbindung getreten ist, wissen wir, was wir an ihm verlieren. Der Deutsche Reichstag hat das Recht und die Pflicht, an dieser Stelle des Entschlafenen ehrend zu gedenken.

Die Steuerausprache.

Abg. Waldfeld (Fr. Bpt.): Das Haus sieht sich einer patriotischen Verpflichtung gegenüber. Leere Schlagworte haben gerade in dieser Zeit schon viel Schaden angerichtet. Wir müssen daher den Vorwurf oberflächlicher Behandlung, den Graf Posadowsky erhob, zurückweisen. Schon jetzt müssen neue Einnahmequellen für das Reich beschlossen werden. Hier handelt es sich nicht um ein Zufällig, sondern eher um ein Zufällig.

Wir müssen die einseitige Aufbringung des gesamten Bedarfs durch Verlehrs- und Verbrauchssteuern ablehnen. Die Rechnung des Schatzsekretärs, als ob bisher fast ausschließlich durch direkte und indirekte Steuern aufgebracht worden seien, hat ein großes Loch. (Hört! Hört!) Er hat es unterlassen, auch die indirekten Steuern, die vor dem Kriege bewilligt und während des Krieges bezahlt worden sind, anzuzählen. (Hört! Hört!) Solche Rechnung kann nicht überzeugen. Uebersieht hat der Schatzsekretär auch, daß die Kriegsgewinnsteuer nach dem Kriege fortzufallen wird, die indirekten Steuern aber nach der Absicht der Regierung nicht. Oder soll der Reichstag, um eine gesunde Relation herzustellen, auch die indirekten Steuern nur für die Kriegszeit bewilligen? (Sehr gut! links.) Die kleinen Luxussteuern sind sehr düstige Feigenblätter für die Blöße der Regierung.

Wir verlangen, daß nach Maßgabe der wirklichen Leistungsfähigkeit Einkommen und Vermögen zu den Steuerlasten herangezogen werden. Das ist während des Krieges im Reich noch nicht geschehen. Es gibt im Reich breite vermögende Volksschichten, die während des Krieges aus ihrem Besitz oder Einkommen zu den Lasten des Krieges noch keinen Pfennig zu leisten brauchten. Das halten wir weder finanziell noch politisch für gut. (Sehr gut! links.) Das muß jetzt endlich einmal nachgeholt werden. Die alte Formel, mit der die Einzelstaaten jede gesunde Finanzpolitik im Reich verhindern, muß endlich fallen. Heute kann nicht mehr der Satz gelten, daß dem Reich die indirekten, den Einzelstaaten die direkten Steuern gehören. Wo wird dieser Satz durch die Verfassung begründet? Die Verfassung schreibt im Artikel 70 vielmehr vor, daß der Reichstagsrat bei Kriegsbeginn die Kriegslasten auf die Einzelstaaten abwälzen kann. (Hört! Hört!) Also hätte am 4. August 1914 — und noch dazu Herrn v. Bethmann — den Einzelstaaten einfach schreiben können, auf Euch entfällt dieser oder jener Betrag, das Reich bittet um portofreie Einsendung. (Heiterkeit.) Warum ist das nicht geschehen? Man hat sich schließlich zu einer Besteuerung der Mehrvermögen entschlossen und hat damit geradezu den Anreiz zu einer sinnlosen und moralisch nicht einwandfreien Verschwendung des Mehrvermögens gegeben. Lustig gelebt und selig gestorben, heißt dem Fiskus das Handwerk verborben, wurde zur Parole der Kriegsgewinnler. Diese nationale Schande, die den Fiskus mit dem Vaterland gleich setzte, geht zu Lasten der einzelstaatlichen Finanzminister, die sich jeder gesunden Reichsbesteuerung in Verbindung mit der Einkommensteuer widersetzen haben. Viel schlimmer als die Steuerflucht nach dem Auslande ist die Steuerflucht im Inlande. Dieser Gefahr sollte man kräftig aufleiben gehen. Gewiß ist Deutschland ein Bundesstaat, aber das rechtfertigt doch nicht die Anarchie auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung. Wer hier nicht rechtzeitig tut, was die Stunde gebietet, gefährdet den Bundesstaatlichen Charakter viel mehr als wir. England braucht jetzt keine neuen Steuergesetze zu machen, denn es besaß bei Kriegsbeginn ein vorzügliches Steuersystem. England besteuert den Besitz jetzt bis zu 55 pCt. Wir aber machen immer neue Steuerexperi-

mente, die nur aus der Not geboren sind und von deren Schlechtigkeit wir alle mehr oder weniger überzeugt sind. Die Durchführung unserer Steuerpläne ist auch bei Aufrechterhaltung des bundesstaatlichen Charakters möglich. Das ist unsere feste Überzeugung.

Nun zu den einzelnen Vorlagen. Zunächst die Umsatzsteuer, die gerade beim Kettenhandel blähen wird. Aber was unnötiger Zirkelhandel ist, muß durch die Entwicklung überwunden werden. Eine künstliche Unterbindung des Zwischenhandels durch Steuern lehnen wir ab. Wir werden im Ausschuss Staffeln nach der Höhe der Umsätze anregen, um der Konzentrationsbewegung nicht allzu sehr Vorschub zu leisten. Für die freieren Berufe, die ja in die Umsatzsteuer einbezogen werden sollen, müssen festere Grenzen gezogen werden. Der Staatsminister v. Goethe wird sich im Grunde umdrehen, wenn er hört, daß er heute für seinen „Kauf“ Umsatzsteuer zahlen müßte. (Heiterkeit.) Luxus besteht nicht nur und vor allem nicht zumeist im Einkauf einiger wertvoller Gegenstände, sondern in der ganzen luxuriösen Lebensweise. Sehen Sie nur nach dem Berliner Westen, welch Wohnungsluxus dort herrscht, wie sich die Leute kleiden, wieviel Dienstboten sie sich halten, und so fort. Die beste Luxussteuer ist die direkte Besitz- und Einkommensteuer. Wer übrigens glaubt, jetzt noch rasch Luxusgegenstände unbesteuert kaufen zu können, sei gewarnt. Wir werden, wie es die Regierung beim Wein vorsieht, für volle Nachbesteuerung sorgen. (Allseitige Zustimmung.) Bei einzelnen Stempelsteuern wird zu prüfen sein, ob der geschäftliche Schaden nicht größer sein wird als der ganze Steuerertrag.

Wir treten ohne Vorurteil an die Prüfung der Steuern heran. Noch nie hatte ein Parlament ein solches Bündel von Steuern zu beraten. Es ist keine vollständige Arbeit. Aber wir sind ja so oft zu unrecht angegriffen worden, daß wir allmählich ein dickes Fell bekommen haben. Wir hoffen, daß die Tapferkeit unserer Truppen, die Genialität unserer Führer und eine kluge und gemäßigte Politik uns bald den Tag des Friedens bringen werden. (Leb! Beifall links.)

Abg. Dr. Paasche (nltb.): Die jetzige Finanzreform ist die größte, die der Reichstag jemals zu erledigen hatte. Ich erinnere mich noch der achtziger Jahre, als es in Wahlsprüchen hieß: „Wähler, haltet die Taschen zu! Mit 40 Millionen neuen Steuern will man Euch belasten!“ Allmählich haben wir uns an größere Summen gewöhnt. Dann kam die Zeit, wo man glaubte, daß jede Industrie vernichtet werden müsse, wenn ihr 100 Millionen Steuern auferlegt würden. Jetzt sollen drei Milliarden herausgeholt werden. Wir unterstützen die Anregung, eine neue Besitzsteuer den Steuergelegenheiten anzuhängen. Dann wird insgesamt bei den neuen Steuern eine Summe herauskommen, die der Kriegsschädigung von 1871 nicht weit entfernt sein wird. Damals waren es vier Milliarden Mark, und ein bekannter Volkswirt wie Ludwig Bamberger erklärte es für das größte Unglück Deutschlands, wenn eine solche gewaltige Kapitalmasse in das deutsche Volk mit einem Male hineingetragen würde.

Zur Frage der Kriegsschädigungen erklärte der Redner unter anderem: Wir wollen es ruhig aussprechen, daß es dringend wünschenswert wäre im Interesse der gesunden Fortentwicklung unseres Volkes, daß wir uns bemühen, wenn wir den Kampf beendet haben, auch eine reichliche Kriegsschädigung zu erhalten. Das können wir von denen verlangen, die als ihr Kriegsziel hingestellt haben, uns bis aufs Blut auszusaugen, und die nicht daran denken würden, uns zu schonen, wenn sie den Krieg gewinnen würden. (Zustimmung.) Wir wollen keine übertriebenen Forderungen stellen, und es ist nicht als das hauptsächlichste Ziel unseres Kampfes hinzustellen, eine Kriegsschädigung zu erreichen. Der Kampf gilt dem Bestande unseres deutschen Reiches. Wir kämpfen um unsere Erhaltung. Wenn wir dabei imstande sind, dem siegreich niedergeschlagenen Feinde eine Kriegsschädigung aufzuerlegen, so wollen wir dieses Mittel, unsere Volkswirtschaft zu stärken und den Gegner zu schwächen, nicht vorübergehen lassen. (Sehr richtig!)

Früher galt der Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, heute nimmt man das Geld da, wo es am leichtesten zu nehmen ist. Von einer organischen Finanzreform sind wir noch entfernt, diese ist im Kriege auch schwer durchzuführen. Auf alle Fälle müssen die bestehenden Klassen in entsprechendem Maße herangezogen werden. Auch die direkten Steuern dürfen dem Reich nicht vorenthalten bleiben. Noch immer sind ja die Einzelstaaten verfassungsmäßig verpflichtet, den Fehlbetrag in den Reichsfinanzen zu decken. Da die Kriegsausgaben auch für die Einzelstaaten gemacht werden, so können diese nicht verlangen, daß das Reich allein sie aufzubringen hat. Wir könnten also wieder zu den Matrilinearbeiträgen greifen. Die Einheit der Besteuerung ist wirklich das nötige Ziel der Entwicklung. Geschulte Fachmänner müssen die Einschätzung vornehmen. Wir sind nicht damit einverstanden, daß die Frage der Kriegsgewinnsteuer der Einzelpersonen bis zum Herbst vertagt wird, sie muß schon in das vorliegende Steuerbudget eingearbeitet werden. An und für sich stehen wir dem Steuerfraß durchaus nicht ablehnend gegenüber. Die Umsatzsteuer wird selbstverständlich abgewälzt werden. Das ist ja aber auch der Zweck der Uebung. Ein Bedenken liegt im Zwange der Buchführung. Auch die geistige Arbeit muß erfasst werden. Komödien und Tragödien bringen ja

große Erträge. Es war ein unglücklicher Gedanke an die Umsatzsteuer eine Luxussteuer anzuhängen, weil damit der wirkliche Luxus zu wenig getroffen wird. Hier wird eine gründliche Prüfung einzuhalten sein. Vielleicht wird man versuchen müssen, den Luxus auf andere Art zu besteuern. Es wird zu prüfen sein, ob die Börse bei der beabsichtigten Verzehnfachung des Umsatzstempels ihre berechtigten volkswirtschaftlichen Funktionen noch weiter erfüllen kann. Wer waren denn die Sachverständigen, die erklärten, daß die Börse 3 pro Mille ertragen könne? Das waren vielleicht Vertreter von Großbanken. Die erwarteten Erträge werden nicht einkommen, denn dazu wären ja Milliardenumsätze notwendig. Wir haben gewisse Bedenken, daß die Kriegsanleihen belastet werden sollen.

Auch den Getränkesteuern stimmen wir grundsätzlich zu, ebenso dem Branntweinmonopol, über das wir ja früher schon oft gesprochen haben.

Vizepräsident Döbe: Ich muß den Redner zur Sache rufen, da die Getränkesteuern nicht zur Debatte stehen.

Abg. Dr. Paasche: Graf Posadowsky ist gestern aber auch auf die Getränkesteuern eingegangen.

Vizepräsident Döbe: Ja, das war auch unter dem Präsidium des Herrn Dr. Paasche. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Paasche: Dem Steuerfluchtgesetz liegt ein guter Gedanke zugrunde. Wir dürfen aber nicht jeden, der auswandert, unter diejenigen rechnen, die böswillig dem Staate Steuern entziehen wollen. Unser Kaufmann soll wieder hinausgehen in die weite Welt, nach dem fernen Osten, nach Amerika. Solche Auswanderer, die im Interesse des Deutschlands hinausgehen, dürfen nicht belästigt werden. Wir stehen also den Steuervorlagen wohlwollend gegenüber. Wir werden ernsthaft daran mitarbeiten und für eine Besitzsteuer sorgen. Wir werden gern helfen, damit etwas Gutes herauskommt. (Beifall.)

Abg. Dietrich (nltb.): Eine organische Regelung der Finanzen ist erst möglich, wenn die Bedürfnisfrage gelöst ist. Das Schlagwort: der Besitz ist nicht genügend besteuert, sollte keine Rolle spielen. Es ist doch vollkommen gleichgültig, in welcher Kasse der Besitz zählt. Es war sehr eindrucksvoll, als gestern der Schatzsekretär ausrechnete, daß neun Milliarden direkte Steuern nur 4 1/2 Milliarden indirekte gegenüberstehen. Der Hauptteil der Besitzbesteuerung liegt in den Kommunen, nicht bei den Bundesstaaten. Die Hauptlasten, die die Kommunen zu tragen haben, sind Kriegsausgaben. Der Besitz trägt also jetzt schon zu den Kriegslasten bei, und man sollte da nicht von einem Versagen des Besitzes sprechen. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches muß aufrecht erhalten werden, und wir lehnen jeden Weg ab, der dahin geht, daß alle Maßnahmen zur Erhebung und Veranlagung der direkten Steuern dem Reich überlassen werden. Auch wir sind der Ansicht, daß die Kriegsgewinnsteuer der Einzelpersonen sobald als möglich kommen sollte. Der Gedanke einer Vermögensabgabe ist geradezu phantastisch zu nennen. Wie will man es verantworten, daß in einer Zeit der ungeheuren Entwertung des Geldes noch 20 v. H. des Vermögens zu dem unproduktiven Zweck der Bezahlung von Schulden verwendet werden. Die vorgeschlagene Erhöhung der Posttarife ist begründet in der außerordentlichen Anspannung aller Preise, die voraussichtlich noch lange Zeit bestehen bleiben und eine gewaltige Erhöhung der Beamtengehälter nötig machen werden. Mit der Börsensteuer sind wir einverstanden. Es wird den Börsenverkehr nicht beeinträchtigen, wenn die Privatpekulanten mit 3 v. H. besteuert werden. Wir hoffen, daß sich bei den jetzigen Vorlagen die Vorgänge von 1909 nicht wiederholen werden, und daß es gelingen wird, das große Ziel, die Finanzen vom Reich, Einzelstaaten und Kommunen, auf eine gesunde Grundlage zu stellen, zu erreichen und dabei die Grenzen scharf zu ziehen und alle Grenzstreitigkeiten auszuschalten. (Beifall rechts.)

Abg. Bernstein (U. Soz.): Wir sind gegen alle indirekten Steuern.

Damit schließt die Aussprache über die Besitz-, Umsatz- und Verbrauchssteuern.

Das Haus vertagt sich.

Donnerstag 1 Uhr: Getränkesteuern.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Der Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe setzte am Mittwoch die Besprechung der Regelung der Übergangs-wirtschaft für das Bekleidungs- und Bekleidungs-gewerbe fort. Aus der Mitte des Ausschusses wurde wiederum an dem Bürokratischen Inhalt des Regierungsentwurfs scharfe Kritik geübt, und es wurde bemängelt, daß zu den Vorbereitungen die beteiligten Kreise nicht zugezogen worden sind. In der Abstimmung wurde der vorliegende Entwurf genehmigt, dessen hauptsächlichste Bestimmungen ist, daß für die Übergangszeit eine Reichsstelle für Bekleidungsindustrie, ferner Reichswirtschaftsstellen für Baumwolle, Wolle, Seide, Kunstseidenstoffe und Stoffabfälle, Flachs, Hanf, Zute, Hartfasern und Fasertextilstoffe errichtet werden sollen. Die Reichswirtschaftsstellen sollen ihren Sitz in Berlin haben, Zweigwirtschaftsstellen sollen an anderen Orten ins Leben gerufen werden können.